

Konturen einer europäischen Reproduktionsordnung: Rezension zu "Politiken der Generativität" von Franziska Schutzbach

Zagel, Hannah

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zagel, H. (2020). Konturen einer europäischen Reproduktionsordnung: Rezension zu "Politiken der Generativität" von Franziska Schutzbach. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81950-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Hannah Zagel | Rezension | 25.06.2020

Konturen einer europäischen Reproduktionsordnung

Rezension zu „Politiken der Generativität“ von Franziska Schutzbach



Franziska Schutzbach
Politiken der Generativität . Reproduktive
Gesundheit, Bevölkerung und Geschlecht.
Das Beispiel der
Weltgesundheitsorganisation
 Deutschland
 Bielefeld 2020: transcript
 266 S., EUR 40,00 und Open Access
 ISBN 9783837650228

Ob, wann, wie und mit wem Menschen Kinder bekommen (sollten), wird auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens höchst normativ debattiert. Alle fühlen sich in irgendeiner Weise betroffen. Reproduktion (oder Generativität) gehört zum universellen menschlichen Erfahrungsraum – wenngleich dieser in unterschiedlichen (sozialen) Rollen erlebt wird, etwa als Sorge gebende oder empfangende, als gebärende oder geborene Person. Im Laufe der Zeit haben sich sowohl die Formen als auch die Fallzahlen individueller reproduktiver Prozesse innerhalb von Gesellschaften immer wieder stark gewandelt. Sexualität, Partnerschaft und Familie unterliegen heutzutage insgesamt weniger repressiven Normen als das noch vor einem halben Jahrhundert der Fall war, auch wenn die damit verbundenen neuen Freiheiten ihrerseits ebenfalls mit Einschränkungen verbunden sind. Beispielsweise treffen Familienformen wie gleichgeschlechtliche Elternschaft oder Patchworkfamilien und Alleinerziehende in Europa auf breite Akzeptanz, sehen sich aber weiterhin mit normativen wie praktischen Barrieren konfrontiert. So haben etwa Alleinerziehende nicht nur mit den strukturellen Herausforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen, sondern oft auch mit sozialen Vorurteilen wie beispielsweise der Annahme einer chronischen Überforderung oder Beziehungsunfähigkeit.¹

Reproduktive Prozesse sind implizites und explizites Ziel der Politik, die mit politischen Maßnahmen und Gesetzen individuelle Handlungshorizonte gestaltet.² Neben Regelungen zur Sexualerziehung, zur Bereitstellung von Verhütungsmitteln, Abtreibungsgesetzen und dem Zugang zu Verfahren der assistierten Reproduktionsmedizin zählen auch Maßnahmen bezüglich der Schwangerschaftsvorsorge zu diesem Regulierungsfeld.³ Historisch waren hier, wie auch im verwandten Feld der Familienpolitik, politische Instrumente darauf gerichtet, das vorherrschende Ideal der heterosexuellen biologischen Elternschaft denjenigen vorzubehalten, denen man die elterliche Fürsorge moralisch zutraute. Auch in Zugangsregelungen zu neueren Technologien wie der Reproduktionsmedizin ist eine solche enge Konzeption von Familie verankert. Zwar hat sich die staatliche Regulierung von Reproduktion über die Zeit stark geändert, die grundlegende normative Ausrichtung hat jedoch nicht an Aktualität verloren. So ist beispielsweise zwar die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften international weit vorangeschritten, die rechtliche Elternschaft aber bleibt diesen Paaren vielerorts weiterhin verwehrt. Und während die medizintechnologischen Möglichkeiten der geburtlichen Vorsorge sich stetig weiter entwickeln, berührt die Diskussion um ihre Anwendung schnell eugenisch anmutende Argumente: Wer darf sich überhaupt fortpflanzen und zu welchen Bedingungen?

Die Regulierung von reproduktiven Prozessen außerhalb von Elternschaft in heterosexuellen Partnerschaften ist bisher weit weniger erforscht als die Regulierung familialer Reproduktion, zu der die vergleichende Familienpolitikforschung umfangreiche theoretische und empirische Erkenntnisse bietet.⁴ *Politiken der Generativität* von Franziska Schutzbach adressiert unter anderem das Forschungsdesiderat der Elternschaft außerhalb heterosexueller Partnerschaften und leistet einen wichtigen Beitrag, um einen besseren Überblick über dieses Regierungsfeld zu bekommen, das bisher kaum analytisch erschlossen wurde. Ganz allgemein widmet sich Schutzbachs Dissertationsarbeit den Formen von Wissensbeständen in Bezug auf die Regulierung reproduktiver Prozesse in der internationalen Gemeinschaft, in die politische Maßnahmen eingebettet sind. Eine solche Perspektive kann der Policy-Forschung dazu verhelfen, unterschiedliche sozialpolitische Ansätze innerhalb der bestehenden Diskursformationen zu verorten.

Das Buch arbeitet die bereits genannten Ausschlussrhetoriken bezüglich der Frage, wer unter welchen Bedingungen Kinder bekommen darf beziehungsweise sollte, am Beispiel des [Programms der Reproduktiven Gesundheit der WHO](#) heraus. Basierend auf Michel Foucaults Konzepten der Biopolitik und Gouvernementalität wählt die Autorin einen diskursanalytischen Zugang, um den Wandel in internationalen Wissensbeständen zu Generativität zu untersuchen. Im Fokus stehen die seit den 1960er-Jahren entwickelten

Programme der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die das Ziel verfolgen, den Schutz und die Förderung *Sexueller und Reproduktiver Gesundheit und Rechte* ihrer Mitgliedstaaten voranzutreiben. Die 2001 verabschiedete Agenda des europäischen Arms der WHO ist zugleich Fallbeispiel und Herzstück des empirischen Materials der Studie. In diesem Programm hatte die WHO, die als freiwilliger Staatenbund über keinerlei juristische Durchschlagskraft verfügt, einige Leitlinien zur Orientierung ihrer Mitgliedsstaaten beschlossen.

Die Kernthese der Schutzbach'schen Studie lautet, dass sowohl die gesellschaftliche als auch die ökonomische Relevanz reproduktiver Prozesse in der Programmatik der WHO untergehen, weil letztere Reproduktive Gesundheit als etwas Privates konstruiert, das Menschen in hohem Maße eigenständig zu verantworten haben (S. 37), unabhängig von den sie umgebenden Rahmenbedingungen. So definiert die WHO Reproduktive Gesundheit als die Möglichkeit für Menschen „to have a responsible, satisfying and safe sex life and that they have the capability to reproduce and the freedom to decide if, when and how often to do so.“ (S. 7) Gesundheitliche Rechte, also auch die Möglichkeit, den beschriebenen Status einzufordern, spielen in der Definition eine nur untergeordnete Rolle. Darüber hinaus zeigt die Autorin, dass in dieser Konstruktion sowohl eine diskursive Vergeschlechtlichung als auch eine Hierarchisierung von Generativität erfolgt, denn die Verantwortung für gesundheitsbewusstes reproduktives Verhalten wird ausschließlich Frauen* zugeschrieben, während Männern* mit der produktiven die vermeintlich wichtigere Rolle zugeschrieben wird. Damit wird, so Schutzbach, auch in der WHO-Agenda das geschlechtlich-hierarchisch strukturierte kapitalistische Arbeitsverhältnis verstetigt (S. 202). Ein von der Autorin zudem verschiedentlich herausgestelltes Merkmal des WHO-Programms für den europäischen Raum ist seine Fokussierung auf Gesundheit; die im [entsprechenden Programm der UN von 1994](#) ebenfalls berücksichtigten Aspekte der sexuellen und reproduktiven Rechte finden keinerlei Erwähnung. Nun mag diese Erkenntnis nicht sonderlich verwundern, beruft sich die WHO damit doch auf ihre Kernkompetenz. Allerdings hat die programmatische Engführung Folgen für die Aussichten des WHO-Programms, tatsächlich zum Ausgleich ungleicher reproduktiver Bedingungen für Menschen, die oft mit multiplen Problemlagen konfrontiert sind, beitragen zu können.

Schutzbachs sorgfältige, kritische Analyse der WHO-Programmatik basiert auf einem umfangreichen theoretischen Gerüst. Das Fundament bildet die Foucault'sche Machtanalytik, insbesondere die Konzepte der Gouvernementalität und der Biopolitik. Unter Gouvernementalität versteht die Autorin jene historische Regierungsweise, in der Regierte die Unterwerfungsmechanismen gleichsam internalisieren und ihre

Verhaltensweisen an dem ihnen vermittelten Wissen darüber, wie ein gutes und richtiges Leben zu führen sei, ausrichten (S. 66). Biopolitische Gouvernamentalität bezeichnet, dass dieses Wissen sich auf die Prozesse des Lebens selbst bezieht, etwa auf Geburt, Gesundheit, Krankheit, Tod. Die Bevölkerung ist in dieser Regierungsform Adressatin der Politik, und die Demografie der statistisch-administrative Unterbau. Aspekte des Wissens um die Regulierung Reproduktiver Gesundheit könnten insofern als typischer Ausdruck dieser Regierungsweise verstanden werden, da sie sich auf die Prozesse der Entstehung und Pflege von Leben⁵ beziehen, so Schutzbach. Ebenso charakteristisch für diese Regierungsweise und die mit ihr verbundene Diskursformation sei das Narrativ von Reproduktiver Gesundheit als Aufgabe der persönlichen Risikoprävention (S.103). Damit werde der Autorin zufolge Generativität nicht nur subjektiviert, sondern auch dezidiert entpolitisiert. Schließlich lässt sich eben kein politischer Anspruch auf staatliche oder gesellschaftliche Unterstützung ableiten, wenn Reproduktive Gesundheit von eigenverantwortlichen individuellen Entscheidungen abhängig gemacht wird. Darüber hinaus stünde durch einen an Risiken orientierten Präventionsfokus nicht mehr kurative Gesundheitspolitik und das Recht auf Heilung im Mittelpunkt des Diskurses, sondern die Förderung eines gesundheitsbewussten Subjekts.

Schutzbach erweitert das theoretische Gerüst der biopolitischen Gouvernamentalität um eine Geschlechterdimension sowie um eine postkoloniale Perspektive. Hierzu beruft sie sich (unter anderem) stark auf Susanne Schultz⁶ und Ute Tellmann⁷, deren Analysen internationaler bevölkerungspolitischer Diskurse die von Schutzbach monierten Auslassungen in Foucaults biopolitischen Genealogien schließen (S. 99; 111). In der Zusammenführung dieser theoretischen Ansätze werden einige anregende Argumentationsstränge aufgemacht, deren umfängliche Analyse aber wohl den Rahmen der hier besprochenen Studie gesprengt hätte. Beispielsweise wäre es in der Diskussion kolonialer Kontinuitäten beziehungsweise Ethnisierung der Reproduktiven Gesundheit im ausgewerteten WHO-Programm (S. 185 f.; 193 f.) aufschlussreich gewesen, die europäische Ebene noch weiter aufzuschlüsseln, das heißt, etwa zeitgenössische EU-Politik von nationalen Kolonialvergangenheiten zu trennen. Dennoch überzeugt die Argumentation der Autorin dahingehend, dass die Diskurse der Reproduktiven Gesundheit Ungleichheitsordnungen sowohl im globalen Kontext als auch in Bezug auf Geschlechterverhältnisse fortschreiben. Nicht geklärt wird hingegen, inwieweit die Programme der WHO selbst zur geschlechtlichen und postkolonialen Hierarchisierung beitragen oder diese eben ‚nur‘ nicht aufbrechen.

Ähnlich im Unschaffen bleibt auch der Zusammenhang zwischen der untersuchten WHO-

Programmatik Reproduktiver Gesundheit, der Kategorie Geschlecht und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die vor allem mit Bezug auf Beer⁸ diskutiert werden. Eine naheliegende Forschungstradition, die so genannte Social Reproduction Theory,⁹ bleibt an dieser Stelle unerwähnt. Das verwundert, denn insbesondere die Arbeiten Nancy Frasers scheinen in diesem Kontext relevant. Fraser beschreibt die Beziehung zwischen Prozessen der Produktion und der (sozialen) Reproduktion im Kapitalismus als krisenhaften Zustand, der historisch unterschiedliche Formen annimmt.¹⁰ Ihre Analyse der von ihr als „andauernd“ beschriebenen Phase („Regime“) des globalisierten Finanzkapitalismus wären ein guter Anknüpfungspunkt für Schutzbachs Überlegungen zur Reproduktiven Gesundheit in Europa gewesen. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen werden abgebaut und soziale Reproduktion privatisiert, während Frauen* gleichzeitig als hauptsächliche Träger*innen von Care-Arbeit zusätzlich in die Arbeitsmärkte gedrängt werden. Subjektivierende Programme wie das der WHO, die Frauen* eher die individuelle Verantwortung für generative Risiken übertragen, als ihnen Rechte zuzugestehen, stehen mit einer solchen Programmatik in Einklang. Insgesamt bleibt aus meiner Sicht fraglich, ob es schlichtweg der Ablehnung des Begriffs der *social reproduction* (S. 31) geschuldet ist oder andere Gründe dafür ausschlaggebend sind, dass in Schutzbachs Text die englischsprachige, vergleichende Literatur kaum Erwähnung findet, die auf diesem Konzept aufbaut.¹¹ Aufgrund der theoretischen Nähe und thematischen Überschneidung scheint eine derartige Auslassung gravierend, nicht zuletzt wegen der Aktualität der wissenschaftlichen Debatten in diesem Forschungsfeld.¹² Eine breite und wachsende Forschungslandschaft hat dafür gesorgt, dass wir heute über ein umfassendes Repertoire an theoretischen Werkzeugen verfügen, mit dessen Hilfe wir einen guten empirischen Überblick darüber gewinnen konnten, wie Produktion und Reproduktion in der kapitalistischen Gesellschaft miteinander verzahnt sind. Bezogen auf *Politiken der Generativität* lässt sich konstatieren, dass die historisch gewachsene europäische (und auch globale) Pluralität von Regulierungsansätzen hinsichtlich Reproduktiver Gesundheit und *Rechte* zu wenig Beachtung findet.

Schließlich hätte ein stärkerer Bezug zur (unterschiedlichen) Umsetzung der WHO-Richtlinien in Europa am Schluss der Studie dazu beigetragen, die zu Beginn angekündigte Spezifik der Thematik auf dem Kontinent im Vergleich zur UN-Agenda von 1994 zu konkretisieren. Während es der Diskursanalyse sicher nicht auf die Nuancen der Policy-Gestaltung ankommt, würde doch die Berücksichtigung von Regierungstätigkeiten die praktische Relevanz der (theoretischen) Schlussfolgerungen verdeutlichen. Denn schließlich werden in den politischen Maßnahmen die diskursiven Wissensbestände in Handlungsspielräume übersetzt, innerhalb derer sich die reproduktive Praxis von

Individuen, Paaren und Familien konstituieren kann – hier sollten zukünftige Forschungsvorhaben an Schutzbachs facettenreicher Studie anschließen.

Endnoten

1. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lebenswelten und -wirklichkeiten von Alleinerziehenden, Forschungsbericht, Berlin 2011.
2. Vgl. Sheila B. Kamerman / Alfred J. Kahn, Family Policy. Government and Families in Fourteen Countries, New York 1978.
3. Emily Jackson, Regulating Reproduction. Law, Technology and Autonomy, Oxford u. a. 2001; Ulrike Lembke (Hg.), Regulierungen des Intimen: Sexualität und Recht im modernen Staa, Wiesbaden 2017, doi.org/10.1007/978-3-658-11749-8.
4. Etwa Mary Daly / Emanuele Ferragina, Family Policy in High-Income Countries: Five Decades of Development, in: Journal of European Social Policy 28 (2018), 3, S. 255–270, doi.org/10.1177/0958928717735060; Jane Lewis, The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care, in: Social Politics 8 (2001), 2, S. 152–169; Ilona Ostner, “Individualisation” – The Origins of the Concept and Its Impact on German Social Policies, in: Social Policy and Society 3 (2004), 1, S. 47–56, doi.org/10.1017/S1474746403001520.
5. Vgl. Barbara Laslett / Johanna Brenner, Gender and Social Reproduction. Historical Perspectives, in: *Annual Review of Sociology* 15 (1989), 1, S. 381–404, doi.org/10.1146/annurev.so.15.080189.002121.
6. Susanne Schultz, Hegemonie - Gouvernementalität - Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik, Münster 2006.
7. Ute Tellmann, Catastrophic Populations and the Fear of the Future: Malthus and the Genealogy of Liberal Economy, in: Theory, Culture & Society 30 (2013), 2, S. 135–155, doi.org/10.1177/0263276412455830.
8. Etwa Ursula Beer, Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses, Frankfurt am Main / New York 1990.
9. Tithi Bhattacharya (Hg.), Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression, London 2017.

10. Nancy Fraser, Contradictions of Capital and Care, in: *New Left Review* 100 (2016) S. 99–117.
11. Zum Beispiel Ann Orloff, Gender and the Social Rights of Citizenship. The Comparative Analysis of State Policies and Gender Relations, in: *American Sociological Review* 58 (1993), 3, S. 501–518; Julia S. O'Connor / Ann Shola Orloff / Sheila Shaver, *States, Markets, Families. Gender, Liberalism and Social Policy in Australia, Canada, Great Britain and the United States*, Cambridge, MA 1999; Julia S. O'Connor, Gender, Class and Citizenship in the Comparative Analysis of Welfare State Regimes. Theoretical and Methodological Issues, in: *The British Journal of Sociology* 44 (1993), 3, S. 501–518.
12. Mala Htun / S. Laurel Weldon, *The Logics of Gender Justice*, Cambridge, MA 2018, S. 201–228, public.ebookcentral.proquest.com/choice/publicfullrecord.aspx.

Hannah Zagel

Hannah Zagel ist Soziologin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Sozialpolitik, soziale Ungleichheit, Reproduktion und Familien.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Stephanie Kappacher.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/konturen-einer-europaeischen-reproduktionsordnung.html>